



IAI

Istituto Affari Internazionali

IAI9021

SICHERHEITSPOLITISCHE VORSTELLUNGEN DER LISTE VERDI IN ITALIEN

von Roberto Zadra

EINLEITUNG

Woher kommen die Grünen Italiens? Die Heterogenität der in den Grünen Listen (Liste Verdi) engagierten Akteure ist nicht zu verkennen: ein Blick auf die verschiedenen Lebensläufe der in den italienischen Parlamentskammern und im Europaparlament sitzenden Abgeordneten genügt bereits, um jeden monokausalen Erklärungsansatz hinsichtlich der zeitlichen und örtlichen Ursprünge zu verunmöglichen (1). Die in den Liste Verdi engagierten grünen Einzelpersonen und Gruppierungen sind nicht homogen, und unterschiedlich sind auch ihre soziokulturellen Wurzeln aus der italienischen Nachkriegszeit.

Die wichtigsten Umweltschutzorganisationen wurden in Italien in den Fünfziger und Sechziger Jahren gegründet, allen voran Italia Nostra (1955), Federnatura (1959), die Lega Italiana Protezione Uccelli - LIPU (1965) sowie die italienische Sektion des World Wildlife Fund (1966). Mit den Studentenunruhen der späten Sechziger Jahre und dem 'Heißen Herbst' im Jahre 1969 veränderten sich die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sich diese Organisationen bewegten, und es entstanden neue Ansätze und Projekte in den bereits vorhandenen sowie in neugegründeten Organisationen, die weit über den ursprünglich rein umweltschützenden Charakter hinausgingen - zum Beispiel durch die Aufarbeitung außenpolitischer Ereignisse wie in China, Vietnam und Iran oder im Versuch, ökologie und Marxismus unter einem gemeinsamen Dach zu vereinigen (2).

Der Dioxin-Unfall von Seveso (1976) und die seit Mitte der Siebziger Jahre geführte Auseinandersetzung um die Nuklearenergie - die stärkste italienische Oppositionspartei (der Partito Comunista Italiano - PCI) hatte es versäumt, klare und glaubwürdige Gegenvorschläge und Alternativen zur die Nuklearenergie befürwortenden Regierungspolitik aufzuzeigen und war deshalb von verschiedenen Oppositionslagern stark unter Beschuß geraten - verschärfte die umweltpolitische Polarisierung in der italienischen Gesellschaft und schufen neuen politischen Spielraum für kleinere Oppositionsparteien wie Democrazia Proletaria, der Partito Radicale und die Sinistra Indipendente, die dem Partito Comunista seine bisherige innen-, außen- und umweltpolitische Dominanz auch auf Parlamentsebene zu untermauern drohten. Ende der Siebziger/Anfang der Achtziger Jahre wurden in verschiedenen Regionen und Provinzen Norditaliens erste grün-alternative Listen gegründet, beispielsweise in Südtirol 1978 ('Nuova Sinistra/Neue Linke') und 1980 in Mantova ('Lista



Verde Indipendente') und Venedig ('Lista Alternativa di Sinistra'): sie alle bildeten den Nährboden für neuen nicht nur umweltpolitischen Aktivismus (beispielsweise in den Friedensbewegungen zu Beginn der Achtziger Jahre, die sich auch in Italien gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1979 zur Wehr setzten und die militärische Dimension von Nuklearenergie genauso ablehnten wie zivile Nutzungen) (3) und mündeten schließlich in den 'Coordinamento Nazionale delle Liste Verdi', der im Dezember 1984 in Florenz gegründet wurde und den zahlreichen inzwischen verbreiteten grünen Listen einen ersten institutionellen Rahmen für gemeinsam koordinierte Aktionen verschaffte.

Einen ersten Wahlerfolg erhielten die Liste Verdi zum erstenmal 1985, allerdings noch nicht auf nationaler Ebene. Bei den im Frühjahr 1985 abgehaltenen Regionalwahlen kamen die neu entstandenen Gruppierungen mit 553.353 Präferenzen und 1,7 % der Wählerstimmen auf insgesamt 9 Sitze, wobei der Erfolg vor allem aus den nördlichen Regionen Italiens kam (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Regionalwahlen vom 12.5.1985

	Stimmen	Prozent	Sitze
Liste Verdi	553.353	1,7 %	9
Sitzzuteilung nach Regionen	2 (Lombardia) 1 (Piemonte, Liguria, Veneto, Emilia-Romagna, Toscana, Marche, Lazio)		

Quelle: IAI-Dokumentationsarchiv

Der eigentliche Durchbruch kam allerdings erst zwei Jahre später, bei den politischen Wahlen im Sommer 1987. In den vergangenen beiden Jahren hatten sich die auf Lokal-, Provinz- und Regionalebene parlamentarisch unterschiedlich stark repräsentierten Grünen Listenvertreter auf verschiedenen Kongressen und Veranstaltungen erheblich darum bemüht, die grüne Zersplitterung zu überwinden und eine landesweite gemeinsame Politik mit einer zentralen Koordinationsstelle aufzubauen, um sich mit geeinten Kräften als eigenständige neue politische Kraft präsentieren zu können (4). Der Erfolg blieb nicht aus, und bei den politischen Wahlen vom 14. Juni 1987 kamen die Liste Verdi mit 969.534 Präferenzen auf 2,5 % der abgegebenen Stimmen und erhielten damit 13 Sitze in der Abgeordnetenkammer und 1 Sitz im Senat (siehe Tabelle 2) (5).

Tabelle 2: politische Wahlen vom 14.6.1987, (a) Abgeordnetenkammer (b) Senat

	Stimmen	Prozent	Sitze
Liste Verdi (a)	969.534	2,5 %	13
(b)	632.856	2,0 %	1

Quelle: IAI-Dokumentationsarchiv

Von den in beiden Parlamentskammern sitzenden Abgeordneten der Liste Verdi beschäftigten sich vor allem 2 Abgeordnete mit außen- und

sicherheitspolitischen Fragen, während die anderen 12 sich meist nur zu besonderen Anlässen auf diesem Gebiet zu Worte meldeten, wie etwa bei Parlamentsdebatten zu Kernfragen der italienischen Außenpolitik oder bei Dringlichkeitsanfragen. Bei den beiden Abgeordneten handelt es sich um Sergio Andreis und Giancarlo Salvoldi: Andreis ist Mitglied des Ausschusses für Außen- und EG-Politik in der Abgeordnetenkammer ("Commissione Affari Esteri e Comunitari"), Salvoldi hingegen sitzt im Ausschuß für Verteidigungspolitik in der Abgeordnetenkammer ("Commissione Difesa").

Nach diesem ersten landesweiten Erfolg bei den politischen Wahlen 1987 haben sich die verschiedenen auf italienischem Territorium entstandenen lokalen Listen in zunehmendem Maße darum bemüht, auf nationaler Ebene eine Zusammenarbeit zustandezubringen. Zwischen 1987 und Ende 1989 wurden 10 Generalversammlungen vom in Rom eingerichteten Sekretariat ("Coordinamento Nazionale delle Liste Verdi") organisiert, bei denen aktuelle Themen diskutiert und gemeinsame Resolutionen zu hauptsächlich umweltpolitischen Fragen (seit der 5. in Ariccia auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich) erlassen wurden (siehe Tabelle 3). Im selben Zeitraum verdreifachte sich die Anzahl der der Föderation ("Federazione delle Liste Verdi") beigetretenen Grünen Listen von 126 Mitte 1987 auf 370 gegen Ende 1989 (6).

Tabelle 3: Generalversammlungen der Liste Verdi, 1987-1989

Generalversammlung	Ort	Zeit
I Assemblea Federale	Finale Ligure	?
II Assemblea Federale	Pisa	14-15 März 1987
III Assemblea Federale	Mantova	2 Mai 1987
IV Assemblea Federale	Bologna	4-5 Juli 1987
V Assemblea Federale	Ariccia	21-22 November 1987
VI Assemblea Federale	Carrara	2-3 Juli 1988
VII Assemblea Federale	Maiori	16-18 Dezember 1988
VIII Assemblea Federale	Garda	15 April 1989
IX Assemblea Federale	Rimini	23-24 September 1989
X Assemblea Federale	Roma	8-10 Dezember 1989

Quelle: Archiv des Coordinamento Nazionale delle Liste Verdi

Der landesweite Integrationsprozeß innerhalb der Föderation der Liste Verdi ging relativ mühevoll und langsam voran. Erst im Mai 1987, nur einen Monat vor den politischen Wahlen, wurde auf der dritten Generalversammlung der Liste Verdi in Mantova eine Art Vorstellungspapier ("Carta degli Intenti") erlassen, indem, auf nur 5 Schreibmaschinenseiten, alle zum Zeitpunkt als wichtig erachteten programmatischen Punkte kurz zusammengefaßt dargestellt wurden (7). In den folgenden sieben Generalversammlungen bis Ende 1989 wurden zwar Dutzende von Resolutionen zu einzelnen politischen Aspekten verabschiedet, aber ein einheitliches Programm bleibt bisher ausständig und wird wohl erst im Laufe der Wahlkampagne für die 1992 vorgesehenen politischen Wahlen für Abgeordnetenkammer und Senat veröffentlicht werden. Einzige bisherige Ausnahme bleibt die im Mai 1989 im Rahmen der Wahlkampagne für die Europawahlen von der Federazione delle Liste Verdi herausgegebene 88 Seiten starke Broschüre Grüne Ideen für Europa ("Idee Verdi per l'Europa"): wenn auch noch explizit als

'Programm' von den Verfassern abgelehnt und eher als allgemeiner Diskussionsbeitrag gedacht, so deuten Inhalt und Struktur der Broschüre doch daraufhin, daß es sich hiermit um die erste programmatische Basis der italienischen Grünen handelt.

Der 1987 erzielte erste Erfolg der Liste Verdi auf landesweiter Ebene konnte bei den Europawahlen des Jahres 1989 mehr als verdoppelt werden, diesmal allerdings nicht mit einer einheitlichen, sondern mit zwei getrennt kandidierenden Listen. Die Liste mit der lachenden Sonne auf ihren Wahlplakaten ("Sole che ride") erhielt 1.306.412 Präferenzen (3,8 % der abgegebenen Stimmen) und damit 3 Sitze im Europaparlament, während die Liste mit dem Regenbogen auf ihren Wahlplakaten ("Arcobaleno") auf 821.936 Stimmen (2,4 %) kam und 2 Abgeordnete nach Straßburg entsenden konnte (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Europaparlamentswahlen, 18.6.1989

	Stimmen	Prozent	Sitze
Sole Che Ride	1.306.412	3,8 %	3
Arcobaleno	821.936	2,4 %	2

Quelle: IAI-Dokumentationsarchiv

Während die Liste des 'Sole che ride' von der 1985 und 1987 bereits tätigen Föderation der Liste Verdi unterstützt wurde, setzte sich die im Januar 1989 entstandene Regenbogenliste zum Großteil aus Sympathisanten und Vertretern von anderen seit den 70er Jahren im Parlament vertretenen linken Splitterparteien zusammen, insbesondere aus einigen prominenten Vertretern des 'Partito Radicale' und der 'Democrazia Proletaria'. Kurz nach dem Erfolg der beiden grünen Gruppierungen im Europaparlament wurde jedoch die bereits ein halbes Jahr zuvor begonnene Debatte zugunsten einer Fusion beider Gruppierungen in eine einheitliche Liste intensiviert, und im Dezember 1990 wurde der endgültige Zusammenschluß der 'Verdi del Sole Che Ride' mit den 'Verdi Arcobaleno' beschlossen (8).

Die Liste Verdi haben seit ihrem Eintritt ins italienische Parlament nicht nur Umweltpolitik betrieben, sondern sich auch in vielen anderen politischen und soziokulturellen Bereichen energisch zu Worte gemeldet. Die vorliegende Studie analysiert deren Engagement in internationalen Fragen und konzentriert sich dabei auf mit Europas Sicherheit zusammenhängenden Aspekten. Eine derartige Studie wurde noch nie gemacht, und es gibt auch keine Sekundärliteratur zu diesem Thema, zumal sich alle Veröffentlichungen über die italienischen Grünen entweder mit umweltpolitischen oder mit soziologischen Thematiken (z.B. öffentliche Meinung, Wählerstromanalysen) beschäftigen. Demzufolge mußte hier vor allem auf Primärmaterial zurückgegriffen werden: hauptsächlich auf bei Generalversammlungen erlassene Dokumente, auf veröffentlichte Programme sowie auf parlamentarische Reden, Anfragen und Resolutionen. Persönliche Gespräche mit Abgeordneten und deren Mitarbeitern rundeten das Bild ab.

Die vorliegende Studie wurde in drei Abschnitte unterteilt. Im ersten Kapitel 'Rüstung und Rüstungskontrolle' werden nicht nur grüne Positionen zur italienischen Produktion und zum Export von Waffengütern aufgezeigt, sondern

auch deren Vorstellungen zu den auf verschiedenen internationalen Foren gehandhabten konventionellen, chemischen und nuklearen Rüstungskontrollverhandlungen. Das zweite Kapitel 'Militärausgaben' beschäftigt sich mit den von den Grünen vertretenen Auffassungen bezüglich der Militärspesen des italienischen Staates und geht insbesondere auf die während der jährlichen parlamentarischen Militärbudgetdebatten von grünen Abgeordneten vorgebrachten Kritiken und Vorschläge ein. Das dritte Kapitel 'Transatlantische und innereuropäische Beziehungen' behandelt unter anderem die grüne Einschätzung der NATO und der Europäischen Gemeinschaften und geht unter anderem auch der Frage nach, ob und inwieweit die italienischen Grünen den Gedanken einer eigenen europäischen Sicherheitspolitik ablehnen oder befürworten. Das die Arbeit abschließende Kapitel geht der Frage bezüglich der Originalität und nach den Defiziten in der grünen Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragen nach und hebt noch einmal die in den vorangegangenen Kapiteln aufgezeigten zentralen Issues hervor; von den italienischen Grünen vorgeschlagene Alternativkonzepte und -strategien werden in diesem Zusammenhang ebenfalls unter die Lupe genommen.

(I) RÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE

(a) Rüstungsindustrie

Die Liste Verdi haben sich bereits auf ihren ersten Generalversammlungen kritisch mit der Rüstungsthematik auseinandergesetzt und wiederholt entweder mit der Rüstungsindustrie polemisiert oder versucht, Vorschläge für eine Konversion von militärischer in zivile Güterproduktion zu entwickeln (9). Allerdings wurde in diesem Zusammenhang nur selten über allgemeine Formulierungen hinausgegangen; beispielsweise im Programm für die Europawahlen 1989, in dem ein europäischer Fonds für die Konversion der Rüstungsindustrien verlangt wird (10). Konkreter hingegen verlief die Debatte auf Parlamentsebene, wo sich einzelne Grüne Abgeordnete, vor allem der im Außenpolitischen Ausschuß sitzende Sergio Andreis, energisch und kontinuierlich mit solchen Fragen beschäftigt haben: bereits im Juli 1987, kurz nach Beginn der neuen Legislaturperiode, haben zwei Grüne Abgeordnete einen von Kollegen aus anderen Oppositionsparteien verfaßten Gesetzesvorschlag zugunsten einer starken Einengung und Kontrolle der Produktion und des Handels von Rüstungsgütern mitunterzeichnet (11). Abgesehen von derartigen einschlägigeren Initiativen haben es verschiedene Grüne allgemein selten versäumt, sich bei späteren Parlamentsdebatten zum Thema Rüstungsproduktion und -konversion wiederholt zu Worte zu melden und die eigene Rüstungsindustrie sporadisch oder zu besonderen Anlässen anzugreifen, beispielsweise aus Anlaß der alle zwei Jahre in Genua stattfindenden Ausstellung "Mostra Navale Italiana" oder während der dritten Ausgabe des "Salone dell'aviazione di Forlì", als sich die Abgeordneten Andreis, Donati und Salvoldi dagegen aussprachen, "in einer unnützen und schädlichen Form die Muskeln zu zeigen" - gemeint war die in Forlì vorgesehene öffentliche Vorführung von auch zu nuklearen Missionen fähigen Tornado-Jagdbombern (12).

Ebenfalls von den Grünen im Parlament kritisiert wurden außer der nationalen Rüstungsindustrie auch Versuche einer Internationalisierung des Sektors. Die grüne Kritik richtet sich sowohl gegen bilaterale als auch gegen multilaterale Integrationsversuche der Rüstungsindustrie: zum Beispiel gegen

das italo-brasilianische Projekt der Entwicklung eines gemeinsamen Jägers "AMX" und gegen das mehrere europäische Staaten involvierende Entwicklungsprogramm eines Eurojägers "EFA" (European Fighter Aircraft) (13).

Der weitaus größte Aufwand der Lista Verde in Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie zeigt sich jedoch nicht so sehr weder bei Produktions- und Konversionsprojekten noch bei bi- und multilateralen Entwicklungsprojekten verschiedener Rüstungsindustrien, sondern er wurde vielmehr dann aufgebracht, wenn es darum ging, Waffenexporte in andere Länder an den Pranger zu stellen. Die Kritik an Waffenexporten wurde bereits in der "Carta degli Intenti" - einem der ersten Versuche, für die Liste Verdi ein Grundsatzprogramm zu erstellen (Frühjahr 1987) - angeschnitten und seither ständig bei fast allen nationalen Generalversammlungen wieder angeschnitten (14). Auch die im Rahmen der Europawahlen erstellte Broschüre "Idee verdi per l'Europa" beschäftigt sich damit und fordert ein "Verbot von Waffenexporten, hauptsächlich in jene Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden" (15). Während auf verschiedenen grünen nationalen Versammlungen Rüstungsexporte generell und sine conditionem verurteilt wurden, so ist die Formulierung im Europaprogramm etwas vorsichtiger und deutet darauf hin, daß es auch innerhalb der Liste Verdi unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, inwieweit Rüstungsexporte allgemein verurteilt werden sollen oder ob es sinnvoll ist, eine Unterscheidung zu treffen zwischen einem totalen und einem partiellen Verbot von Waffenexporten.

Die Intensität der grünen Opposition gegen Waffenexporte zeigt sich auch und vor allem auf Parlamentsebene, wo die Liste Verdi einen Verzicht auf italienische Waffenexporte in die krisengeschüttelte Golfregion als unabdingbare Bedingung für einen eventuellen Beitritt in die neu zu bildende Koalitionsregierung unter der Führung des Christdemokraten Giovanni Goria gefordert hatten (16). Während einer der ersten Parlamentsdebatten zur Golfkrise, im September 1987, meldeten sich die meisten neuen Grünabgeordneten zu Worte, um Waffenexporte in die Krisenregion zu verurteilen. Die Positionen der einzelnen Abgeordneten scheinen zu diesem Zeitpunkt noch recht unterschiedlich und undifferenziert zu sein: der Abgeordnete Michele Boato bezeichnete den Verkauf und die Produktion von Waffen allgemein als "unmoralisch" und rief alle Arbeiter in den italienischen Rüstungsfabriken, "die vom Tod anderer leben", zu Arbeitsverweigerung und Ungehorsamkeit auf; sein Kollege Sergio Andreis hingegen konzentrierte sich auf eine (partielle) Einstellung von Waffenexporten in die Golfregion und ließ sich zu dem etwas voreiligen Schluß verleiten, daß "es reichen würde, den Export von Waffen an die beiden kriegführenden Staaten für eine Woche zu unterbinden, um für Iran und Irak eine Weiterführung des Krieges zu verunmöglichen" (17). In den folgenden Jahren wurde das Thema Rüstungsexporte wiederholt von mehreren Abgeordneten aufgegriffen, entweder durch gemeinsam von der Fraktion eingebrachte Motionen und Resolutionen oder durch schriftliche und mündliche Anfragen an die Außen-, Verteidigungs- und Außenhandelsminister (18). Die meiste Arbeit auf diesem Gebiet wurde im Parlament 1989 von Sergio Andreis und Giancarlo Salvoldi in der außenpolitischen Kommission geleistet, wo es darum ging, einen neuen Text zur Regelung von Waffenexporten zu erarbeiten; während der zahlreichen und äußerst detaillierten Debatten in der Kommission wurde jeder einzelne Artikel der neu zu erlassenden Regelung Komma für Komma durchdiskutiert, und die beiden grünen Abgeordneten haben - entweder im Alleingang oder zusammen mit anderen Oppositionsparteien - Dutzende von Änderungsanträgen hinsichtlich einer stärkeren Eindämmung und Kontrolle der italienischen Rüstungsexporte eingebracht (19).

(b) Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Vielzahl der grünen Initiativen bezüglich Produktion und Verkauf von Rüstungsgütern steht in keiner Relation zu den eher spärlichen programmatischen Aussagen und den parlamentarischen Auftritten von der Liste Verdi bezüglich nuklearer, chemischer und konventioneller Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Allgemeine Forderungen nach Abrüstung finden sich zwar wiederholt bei verschiedenen nationalen Versammlungen und bei Parlamentsdebatten, aber zu den verschiedenen bi- und multilateralen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen 1987 und 1989 wurden nur sehr selten spezifische Kommentare oder gar konkrete Alternativvorschläge präsentiert, wenn man von einigen generellen Forderungen nach unilateraler Abrüstung absieht - sie werden zum Beispiel im Europaprogramm von 1989 erwähnt, aber nicht weder näher ausgeführt noch theoretisch oder ideologisch begründet (20). Die Abneigung gegen Nuklearwaffen ist zweifellos ein Grundmerkmal der italienischen Grünen: so wurde das Mittelstreckenraketenabkommen vom Dezember 1987 allgemein mit Genugtuung aufgenommen und sogar als Erfolg der eigenen Mitarbeit in der Friedensbewegung bewertet; in der Folgezeit wurde auch wiederholt an die Staaten der Atlantischen Allianz appelliert, auf eine Modernisierung von in Europa nach dem Mittelstreckenabkommen verbliebenen taktischen Nuklearwaffen mit einer Reichweite bis zu 500 km zu verzichten (21). Ebenfalls kohärent im Sinne einer Aversion gegen Nuklearwaffen wurden auch sowohl auf programmatischer Ebene als auch im Parlament verschiedene Appelle zu einer Einstellung von Atomtests und zur Schaffung von entmilitarisierten und nuklearwaffenfreien Zonen vorgebracht: vor allem zu diesem letzten Punkt haben die Liste Verdi eine von der Friedensbewegung initiierte und "Alpe-Adria" getaufte Aktion zur Schaffung einer regional limitierten entnuklearisierten Zone im Grenzgebiet zwischen Italien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn mehrmals unterstützt (22). Sporadische Meldungen von den italienischen Grünen wurden auch zu einem weiteren mit Nuklearwaffen zusammenhängenden Aspekt gemacht, nämlich der Proliferation in Entwicklungsländern; allerdings beschränkte man sich in diesem Zusammenhang offensichtlich darauf, westliche Exporte von mit nuklearer Technologie zusammenhängenden Elementen zu kritisieren.

Weitere Initiativen wurden von einzelnen grünen Abgeordneten im Zusammenhang mit einer Überprüfung von Rüstungskontrollergebnissen gemacht, vor allem im Hinblick auf ein als wahrscheinlich eingestuftes Abkommen zur Reduzierung von konventionellen Waffen und Truppen in Europa im Rahmen der KSZE. So wurde zum Beispiel im Juni 1988 eine Motion vom Abgeordneten Sergio Andreis mitunterzeichnet, in der die italienische Regierung aufgefordert wurde, sich für die Bildung einer internationalen Agentur zur Überprüfung von gegnerischen Rüstungsstärken und Militärmanövern einzusetzen; diese Agentur sollte mit neu zu bauenden Überprüfungssatelliten ausgestattet werden, um einer "selektiven und verzerrten Nutzung von Informationen zu propagandistischen Zwecken" durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion entgegenzuwirken (23). Allerdings bleibt fraglich, inwieweit derartige Aktionen einzelner Abgeordneter von der gesamten Grünfraktion im Parlament mitgetragen hätten werden können: gerade zum Thema der Satellitenüberwachung gibt es nämlich auch konträre Einstellungen bei den Grünen, beispielsweise vom Abgeordneten Salvoldi während einer Sitzung des Verteidigungspolitischen Ausschusses im November desselben Jahres, in der er sich deutlich gegen die Entwicklung und Produktion

des von Italien, Frankreich und Spanien gemeinsam getragenen Satellitenprogrammes Helios zur Überwachung des Mittelmeeres und Nordafrikas ausgesprochen hat (24).

(II) MILITÄRAUSGABEN

Wie auch in anderen Staaten Europas, so hat auch in Italien das Parlament während der jährlichen Auseinandersetzungen mit Budgetfragen die meisten Möglichkeiten, durch gezielte Restriktionen oder Förderungen die Außen- und Sicherheitspolitik des eigenen Landes zu beeinflussen. Eine detaillierte Auseinandersetzung darüber findet vorerst im Verteidigungsausschuß statt und wird anschließend auch in den beiden Kammern nochmals behandelt (25). Keine Frage, daß vor allem im Parlament vertretene Oppositionsparteien diese Möglichkeiten wahrnehmen, vor allem um spezifische als übertrieben oder überflüssig eingeschätzte Waffenanschaffungsprogramme der Regierung unter Beschuß zu nehmen oder um andere ihrer Ansicht nach vernachlässigte oder nicht wahrgenommene zu fördern. Dies trifft natürlich auch für die im Parlament vertretenen Grünen zu, wobei sich vor allem der im Verteidigungsausschuß sitzende grüne Abgeordnete Giancarlo Salvoldi mit Budgetfragen im Detail beschäftigt hat.

Das Thema Militärausgaben wurde von den Liste Verdi wiederholt auch während verschiedener Nationalversammlungen angeschnitten. Zwei Grundeinstellungen scheinen vorzuherrschen - eine radikale und eine gemäßigte: die radikale Einstellung bezüglich Militärausgaben zeigt sich vor allem während verschiedener Nationalversammlungen, auf denen die sogenannte "obiezione fiscale" (Steuerverweigerung) unterstützt wurde, d.h. die (rechtlich illegale) Aktion des einzelnen Bürgers, den von der Regierung für Militärausgaben vorgesehenen Prozentanteil der jährlich zu bezahlenden Steuergelder zu verweigern bzw. diese Gelder für andere (nichtmilitärische) Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die "obiezione fiscale" wurde bereits auf der von den Grünen Listen 1987 verfaßten Carta degli Intenti zum erstenmal erwähnt: "Die Grünen sehen in der Steuerverweigerung zu den Militärausgaben eine klare Form der zivilen Ungehorsamkeit gegen die kriegerische Vorbereitung. Vor allem im Laufe der Wahlkampagne werden wir uns für eine Verbreitung und Unterstützung der antimilitaristischen Steuerverweigerung besonders einsetzen" (26). Dieses Anliegen wurde nicht nur auf verschiedenen in den Folgejahren abgehaltenen nationalen Generalversammlungen wiederholt unterstützt, sondern auch im Parlament in einer schriftlichen Anfrage an die Innen-, Verteidigungs- und Finanzminister zu Papier gebracht (27).

Nicht alle grünen Wähler scheinen jedoch diese radikale Forderung einer Steuerverweigerung zu unterstützen. Daß es in der Einschätzung des italienischen Militärbudgets unterschiedliche grüne Einstellungen gibt, davon zeugen zum Beispiel andere, ebenfalls auf nationalen Versammlungen 1989 erlassene Dokumente, in denen zwar für eine Reduzierung, nicht aber für eine totale Abschaffung der Militärausgaben plädiert wird (28).

Vor allem die im Parlament sitzenden grünen Abgeordneten müssen wohl bald erkannt haben, daß sie mit ihrer nicht kompromißfähigen Forderung nach Steuerverweigerung nicht die von der italienischen Regierung verfolgte Politik auf irgendeine Weise beeinflussen konnten. Aus diesem Grunde wurde der Schwerpunkt ihrer Bemühen auf eine Reduzierung der Militärausgaben verlegt und diesbezüglich konkretere Arbeit geleistet, indem spezifische vom

Verteidigungsministerium vorgeschlagene Ausgaben als zu hoch eingeschätzt und demzufolge niedrigere Alternativvorschläge gemacht und als Emendamente zur Abstimmung vorgelegt wurden (die freilich dennoch regelmäßig von der Abgeordnetenmehrheit zurückgewiesen wurden) (29).

Eine detaillierte Aufzählung und Begründung der vorgeschlagenen Spesenreduzierungen findet sich beilspielsweise in den veröffentlichten Akten des Verteidigungsausschusses der Abgeordnetenversammlung, in dem der Grüne Salvoldi sitzt. Im Oktober 1988, während der Ausschusssitzungen für das Haushaltsjahr 1989 und für die Dreijahresplanung 1989-1991, beklagte Salvoldi die mangelnde Transparenz der vom Verteidigungsministerium präsentierten Vorlagen und schlug Ausgabenreduzierungen um mehrere hundert Milliarden Lire sowohl für Bodentruppen als auch für die Luftwaffe und die Marine vor, wobei vor allem neue Panzerbeschaffungen, Tornado- und F-16-Kampfflugzeuge sowie Fregatten und der noch nicht mit Kampfflugzeugen ausgerüstete Flugzeugträger Garibaldi betroffen werden sollten (30). Während der im darauffolgenden Jahr abgehaltenen Debatte für die Haushaltsplanung 1990-1992 wies Salvoldi wiederholt darauf hin, daß die Regierungsvorlagen nicht auf die internationalen Veränderungen und der einhergehenden Ost-West-Entspannung in angemessener Weise berücksichtigen würden und schlug erneut erhebliche Ausgabenreduzierungen vor, wobei außer den im Vorjahr bereits erwähnten Systemen auch Anschaffungsprogramme für gepanzerte Fahrzeuge, Unterseeboote, Raketen- und Raketenabwehrsysteme sowie Satellitenprogramme unter Beschuß kamen (31). Auch dieses Jahr wurden alle von den im Parlament sitzenden Grünen präsentierten Abänderungsanträge von der Abgeordnetenmehrheit zurückgewiesen.

(III) TRANSATLANTISCHE UND INNEREUROPÄISCHE BEZIEHUNGEN

(a) Transatlantische Beziehungen

Die Liste Verdi haben sich mehrmals und deutlich gegen die italienische Regierungspolitik ausgesprochen, auf italienischem Territorium ausländische Militärbasen zuzulassen und in diesem Zusammenhang besonders US- und NATO-Basen unter Beschuß genommen. So wurde im 1989 erlassenen Grünen Europaprogramm gefordert, "ausländische oder unter ausländischer Befehlsgewalt stehende Militärbasen sowohl aus Italien als auch aus allen Ländern der EG zurückzuziehen" (32).

Am meisten unter Beschuß grüner Kritik war eine angeblich mit nuklearen Unterseebooten und nuklearen Raketen ausgestattete Militärbasis der Vereinigten Staaten auf der Insel La Maddalena bei Sardinien. Bereits im September 1987 wurde eine Interpellation von mehreren grünen Abgeordneten mitunterzeichnet, in der die Regierung zum einen aufgefordert wurde, das Parlament über die geheimen Vertragsmodalitäten bzgl. La Maddalena zu informieren, und zum anderen "keine Präsenz von ausländischen Militärs und von nuklearen Waffensystemen in italienischen Gewässern zuzulassen, wenn nicht das italienische Parlament über deren Verwendung entscheiden dürfe" (33). In den folgenden Jahren wurde der US-Stützpunkt La Maddalena wiederholt von grünen Abgeordneten im Parlament unter Beschuß genommen (34). Die Grünen beschränkten sich während dieser Zeit nicht auf den Versuch, die Vereinigten Staaten von ihrem Stützpunkt auf Sardinien zu vertreiben, sondern sie gingen einen Schritt weiter und forderten die italienische Regierung wiederholt auf, die Bewegungsfreiheit der US-Navy in italienischen Territorialgewässern allgemein

einzuschränken, indem ihnen der Zugang zu verschiedenen italienischen Häfen (zum Beispiel in Taranto und Messina) verwehrt werden sollte (35).

Das Thema ausländische Militärstützpunkte wurde von den Liste Verdi auch in einem anderen Kontext aufgegriffen, diesmal in Zusammenhang mit dem Atlantischen Bündnis: im Mai 1988 hatte die Nukleare Planungsgruppe der NATO Italien offiziell eingeladen, ein Geschwader von 72 aus Spanien abzuziehenden F-16 Abfangjägern zu übernehmen. Am 4. Juni hatte der italienische Ministerrat der NATO-Anfrage zugestimmt und den Stützpunkt Sant'Anna im südlichen Kalabrien dazu auserwählt, die neuen Abfangjäger aufzunehmen (36). Einige grüne Abgeordnete waren bereits im Winter 1987/88, also lange bevor in Regierungskreisen offiziell mit der NATO darüber verhandelt wurde, auf das Thema aufmerksam geworden und hatten den italienischen Verteidigungsminister um Aufklärung und Stellungnahmen gebeten (37). Der Höhepunkt der grünen Parlamentsarbeit zum Thema kam allerdings erst nach der Zusage der italienischen Regierung auf die NATO-Anfrage, als am 29. und 30. Juni die Abgeordnetenkammer sich mit der F-16-Frage bei Anwesenheit von Außenminister Andreotti und Verteidigungsminister Zanone befaßte. Die von mehreren grünen Abgeordneten bei diesen und späteren Auftritten gegen die Neustationierung der F-16 Abfangjäger vorgebrachten Argumente waren: (a) eine weitere Aufrüstung der NATO sei in der Südflanke nicht nötig, weil der Warschauerpakt ohnehin dem westlichen Potential in dieser Region unterlegen sei; (b) die westliche Überlegenheit sei auch für eventuelle Out-Of-Area-Missionen bereits vorhanden; (c) Italien solle nicht länger US- und NATO-Interessen hörig sein und endlich mehr Selbständigkeit und Eigeninitiative beweisen; (d) bei den F-16 handle es sich nicht um Verteidigungs-, sondern um Angriffswaffen; (e) eventuelle nukleare Missionen mit den F-16 sind abzulehnen, auch aufgrund der mangelnden Mitentscheidungsfähigkeit Italiens (38). Insbesondere zu diesem letzten Punkt hatte Giancarlo Salvoldi in der von der parlamentarischen Grünfraktion herausgegebenen Zeitschrift "Raggi" Stellung genommen und die zwischen Italien und den USA geheim ausgehandelten double-key arrangements bzgl. der Entscheidungsgewalt über Nuklearwaffen kritisiert, weil seiner Ansicht nach ein derartiger "doppelter Schlüssel nur dahingehend existiert, daß die Italiener die Schlüssel der Toiletten und die Amerikaner die der nuklearen Sprengköpfe besitzen" (39).

Die Liste Verdi lehnten nicht nur Militärstützpunkte und Waffensysteme der Vereinigten Staaten und der NATO auf italienischem Territorium ab, sondern sie kritisierten die Existenz des Atlantischen Bündnisses als Ganzes und forderten wiederholt dessen Auflösung. Im Frühjahr 1989 feierten die Staats- und Regierungschefs der 16 NATO-Staaten in Brüssel das vierzigjährige Bestehen der Allianz, und zu diesem Anlaß wurden von den italienischen Grünen in der belgischen Hauptstadt Gegendemonstrationen mitgetragen; in Italien selbst unterstützten die Liste Verdi ein ebenfalls zum Anlaß des NATO-Jubiläums gegründetes Komitee "NATO - 40 Jahre sind genug", das sich für die Auflösung beider Blöcke einsetzte (40). Ähnliche Positionen wurden auch im Programm für die Europaparlamentswahlen 1989 vertreten: auch hier wurde das in zwei Blöcke geteilte Europa abgelehnt und die Auflösung der beiden Allianzen verlangt, weil dadurch die "militärische Gefahr die von ihnen ausgeht" verschwinden würde (41).

(b) Innereuropäische Beziehungen

Weniger harte und undifferenzierte Positionen nahmen die Liste Verdi in ihrer Einschätzung der Europäischen Gemeinschaften ein. Die interne Diskussion über das Für und Wider einer grünen Kandidatur für die Wahlen des Europaparlaments hatte relativ spät begonnen und konnte erst auf einer Versammlung im Dezember 1988, nur 6 Monate vor den Wahlen, mit einer mehrheitlich angenommenen Kompromißformel vorläufig gelöst werden: "Die Idee Europas ist für uns nicht auf die derzeitigen Grenzen der EG reduzierbar, aber wir können uns nicht einer Auseinandersetzung mit dem Datum 1992 entziehen; (...) wenn wir vermeiden wollen, daß unser Projekt eines Europa der Autonomien durch die derzeitige Dynamik nicht vergeblich wird, dann müssen wir in die Materie tiefer eindringen und Formen des Einsatzes für die anstehenden Wahlen finden" (42). Damit war die interne Auseinandersetzung allerdings noch lange nicht abgeschlossen, denn in den folgenden Monaten gingen die Debatten über den Stellenwert der Europäischen Gemeinschaften in Europa weiter, so daß Anfang Juni einer der prominentesten grünen Kandidaten für die EP-Wahlen, Alexander Langer, in der Tageszeitung "Il Manifesto" kritisch feststellte, daß "die Grünen (...) heute die europäische Dimension fast nur als bürokratische Karikatur kennen" (43).

Das von den Grünen vor den EP-Wahlen herausgegebene Programm mußte notgedrungen ein wenig tiefer in die Thematik einsteigen und klarere Positionen einnehmen; kein Wunder also, daß das Dokument auch den EG-Gedanken einer eventuellen politischen und militärischen Union kommentierte. Die Ablehnung dieser Idee war scharf und explizit: "Wir sind gegen jede Form der Militarisierung des westeuropäischen Integrationsprozesses" und "wir lehnen eine Kompetenzerweiterung für die EG und eine Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, was in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegt worden ist, ab. Wir berufen uns stattdessen auf die in den Römer Verträgen festehaltene ausschließlich zivile Kompetenz der EG" (44).

Die grüne Ablehnung jedes Versuchs, Westeuropa sicherheitspolitische Strukturen und Kompetenzen zu verleihen, wurde nicht nur in der Kritik des Unionsgedankens der EG deutlich, sondern es wurden auch andere in dieselbe Richtung weisende bi- und multilaterale Ansätze verurteilt. Das Programm von 1989 wendete sich explizit auch, ohne allerdings näher darauf einzugehen, gegen eine Revitalisierung der Westeuropäischen Union (WEU), gegen die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen militärische Weltraumprojekte Westeuropas. Einzig die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Europarat wurden nicht negativ eingeschätzt, weil sie "eine wichtigere Rolle in der Erarbeitung eines modus vivendi haben könnten, der für alle Staaten Europas gilt" (45).

Die im italienischen Parlament sitzenden grünen Abgeordneten hingegen haben bei verschiedenen Anlässen unterschiedliche und nicht stets mit dem Programm kohärente Positionen zu dem Gedanken einer politischen und militärischen Union eingenommen. So wurde im Februar 1988 eine sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsparteien mehrheitlich verabschiedete Resolution auch von fast allen Grünen Abgeordneten mitunterzeichnet, in der klar und deutlich das Fehlen einer Gemeinschaftspolitik der Zwölf in außen- und verteidigungspolitischen Bereichen bemängelt und ein "neuer Vertrag für die europäische Union, das heißt für die Vereinigten Staaten Europas" vorgeschlagen wurde (46).

Eine derartig im Widerspruch zur offiziellen Politik der Liste Verdi stehende Stellungnahme zugunsten einer politischen und militärischen Union der Zwölf mag sicherlich verwundern; sie sollte allerdings nicht überbewertet werden, denn es handelte sich bei der Resolution doch eher um eine 'Eintagsfliege': bis Dezember 1989, dem Ende der in dieser Studie analysierten Periode, hat sich eine derartige von der Mehrheit der Grünen Abgeordneten getragene Stellungnahme nicht mehr wiederholt; lediglich im Oktober 1989 wurde erneut ein ähnlicher Antrag zugunsten einer Europäischen Union mit einer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik eingereicht - diesmal aber hatte nur ein einziger Grüner Abgeordneter das Dokument mitunterzeichnet (47). Ein weiteres Element deutet darauf hin, daß der Stand der grünen Diskussion um die zukünftige EG-Integration bisher nicht allzusehr vertieft worden ist: so verabschiedete die gesamte Grünfraktion im Mai 1989 einen Antrag, indem die italienische Regierung und die Europäischen Gemeinschaften aufgefordert wurden, zur Lösung des Nahostkonfliktes zwischen Israelis und Palästinensern dadurch beizutragen, daß beide Staaten - Israel und (ein nicht näher spezifiziertes) Palästina - in die Zwölfergemeinschaft aufgenommen werden (48). Auf die Frage, inwieweit eine derartige Erweiterung der EG mit erstmals außereuropäischen Staaten mit einer weiteren inhaltlichen Vertiefung der in der Zwölfergemeinschaft bisher erreichten Integrationssschritte kompatibel sein würde wurde dabei nicht eingegangen.

ZUSAMMENFASSUNG

Versucht man festzustellen, ob und inwieweit sich die sicherheitspolitischen Ansichten der italienischen Grünen im Laufe der Zeitphase 1987-1990 verändert haben (Längsschnittanalyse), so kann keine eindeutige Antwort gegeben werden, weil die analysierte Zeitphase zu kurz war, um längerfristige Veränderungsprozesse in dieser Hinsicht aufzuzeigen. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, daß vor allem für die im italienischen Parlament sitzenden Grünen Abgeordneten, nicht zuletzt aufgrund ihrer spezifischen Tätigkeit in einzelnen Kommissionen, eine Vertiefung von einzelnen Thematiken wohl unvermeidlich war und damit auch zu neuen Einsichten führen mußte. Das zeigt sich zum Beispiel in der Auseinandersetzung um Rüstungsexporte, wo die Liste Verdi anfänglich noch für ein totales Verbot von Waffenexporten eingetreten waren, während später nur mehr von partiellen Limitierungen insbesondere im Hinblick auf bestimmte Krisengebiete gesprochen wurde (49). Ähnliches zeigt sich auch, wenn man die anfänglich noch eher allgemein gehaltenen und später doch detaillierteren Begründungen des Abgeordneten Salvoldi für seine eingebrachten Änderungsanträge zu verteidigungspolitischen Budgetvorschlägen der Regierung in den Jahren 1987, 1988 und 1989 vergleicht (50). Trotzdem kann diesbezüglich keine Generalisierung gemacht werden, denn es können auch genug Gegenbeispiele erwähnt werden, in denen die Liste Verdi keinen Millimeter von ihrer anfänglichen Position - zum Beispiel in ihrer Ablehnung der NATO - abgerückt sind. Veränderungen der Ansichten hat es teilweise gegeben, kein Zweifel, aber eben nicht auf allen Gebieten.

Eine weitere zu stellende Frage ist die der Homogenität der Grünen Listen in sicherheitspolitischen Bereichen (Querschnittanalyse). Zwischen den auf den verschiedenen Nationalversammlungen mehrheitlich angenommenen Stellungnahmen zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen auf der einen Seite

und den Auftritten der Grünen Abgeordneten im Parlament auf der anderen Seite konnten keine bemerkenswerten Divergenzen festgestellt werden - wenn man von der Eintagsfliege für oder gegen eine politische und militärische Union der Zwölfergemeinschaft absieht, die in Zukunft vermutlich zu vertieften internen Diskussionen führen wird (51). Anders hingegen sieht es bei einer Betrachtung der Grünen Fraktion im Parlament aus, denn der Großteil der erarbeiteten Anträge, Motionen und Resolutionen wurden meist von einzelnen Abgeordneten im Zweierteam (meist Andreis und Salvoldi) oder gar mit Abgeordneten aus anderen Parteien zusammen eingereicht, während eher selten die gesamte Grünfraktion ein außen- und sicherheitspolitisches Dokument gemeinsam unterzeichnet hat. Dies ist natürlich zum einen auf die notwendige und zweckmäßige Delegation von Kompetenzen und Verantwortlichkeit an die beiden im Außen- und Verteidigungsausschuß sitzenden Abgeordneten Andreis und Salvoldi zurückzuführen; andererseits jedoch ist dies auch ein Resultat des mangelnden Interesses, das bei den meisten Grünen Abgeordneten für sicherheitspolitische Fragen vorhanden ist (52). Umweltpolitik steht weitaus an erster Stelle bei den italienischen Grünen, alles andere kommt danach. Jedoch selbst bei den wenigen außenpolitisch interessierten Abgeordneten scheint es unterschiedliche Vorstellungen bezüglich spezifischer Fragestellungen zu geben. Sie sind allerdings nicht überzubewerten: so haben zum Beispiel Andreis und Salvoldi zu verschiedenen Anlässen die Notwendigkeit von Überwachungssatelliten unterschiedlich bewertet - die Teamarbeit zwischen den beiden hat aber in den drei Jahren zwischen 1987 und 1989 deshalb nicht darunter gelitten (53).

Haben die italienischen Grünen Originalität in sicherheitspolitischen Fragen entwickelt und nennenswerte Alternativen zu den Entscheidungen des Regierungslagers aufgezeigt? Im Bereich der Rüstungsproduktion haben die Liste Verdi energisch und häufig polemisch für Konversion von militärischer in zivile Güterproduktion plädiert (Kapitel Ia), haben aber diesen Grundgedanken so gut wie gar nicht vertieft und es versäumt, auf dabei entstehende Probleme - beispielsweise beschäftigungspolitischer Natur - hinzuweisen. Ebenso wenig vertieft, aber genauso strikt abgelehnt, wurde das Thema der Kooperation zwischen verschiedenen Rüstungsindustrien (Kapitel Ia), ohne dabei beispielsweise der Frage nachzugehen, ob und inwieweit eine Zusammenarbeit von verschiedenen Industrien auch zu positiven Resultaten führen könnte, etwa durch geringere Gelderverschwendungen für die Forschung und Entwicklung neuer Systeme. Ebenfalls scharf und beständig kritisiert wurden Rüstungsexporte in Drittländer, insbesondere in Krisengebiete, in denen interne oder externe Kriege geführt werden (Kapitel Ia). Auch auf diesem Gebiet scheinen jedoch äußerst vereinfachte und oberflächliche Auffassungen vorzuherrschen: vor allem in der parlamentarischen Diskussion um die Golfkrise im Sommer 1987 ist von verschiedenen Grünen Abgeordneten mehrmals der etwas naiv anmutende Gedanke vorgebracht worden, daß eine Einstellung von Rüstungsexporten in die beiden kriegführenden Staaten zu einem sofortigen Stop der kriegerischen Auseinandersetzungen führen würde. Der Gedanke "keine Waffenexporte - keine Kriege" ist in den drei Jahren zwischen 1987 und 1989 mehrmals wieder aufgetaucht.

Wenn man im Bereich Rüstungsindustrie, -produktion und -export zumindest eine rege Aktivität der Liste Verdi sowohl außerparlamentarisch als auch parlamentarisch noch feststellen kann, so sieht die Lage noch weniger ermutigend aus, wenn man die Haltung der italienischen Grünen zu den auf verschiedensten bi- und multilateralen Foren gehandhabten Rüstungskontrollverhandlungen betrachtet (Kapitel Ib). Abgesehen von generellen

Aufforderungen zur Abrüstung gingen die italienischen Grünen weder in ihren Programmen und Versammlungen noch in ihrer Parlamentstätigkeit auf die Komplexität der verschiedenen Verhandlungen zur Kontrolle und/oder Reduzierung von konventionellen, chemischen und nuklearen Waffensystemen genauer ein. Finden sich beispielsweise noch einige Hinweise auf das im Dezember 1987 von den USA und der Sowjetunion unterzeichnete Mittelstreckenraketenabkommen sowie die allgemeine Forderung nach baldigen Verhandlungen über die seither in Europa verbliebenen nuklearen Kurzstreckenraketen, so werden andere Verhandlungen und die dafür zuständigen Foren nicht einmal oder nur nebenbei erwähnt (zum Beispiel START, Chemiewaffen, VKE, KVAE im Rahmen der KSZE, Proliferation von Raketen und Sprengköpfen im Nahen Osten und in der Golfregion).

Unterschiedlich intensiv haben sich die italienischen Grünen den transatlantischen und innereuropäischen Beziehungen gewidmet: während die NATO und ihre Strategie von Anfang an klar abgelehnt und wiederholt für eine Auflösung der beiden Blöcke plädiert wurde (Kapitel IIIa), so waren die grünen Vorstellungen bezüglich west- oder gesamteuropäischer sicherheitspolitischer Integrationsbemühungen im Rahmen der EG, der WEU oder der KSZE weniger eindeutig und häufig sogar relativ widersprüchlich, was ebenfalls auf eine mangelnde vertiefte interne Diskussion über Europas Zukunft schließen läßt (Kapitel IIIb). Es wird sich noch herausstellen, ob und inwieweit eine Vertiefung dieser Fragenkomplexe stattfinden wird - die in der zweiten Jahreshälfte 1989 ins Europaparlament neu eingezogenen italienischen Grünabgeordneten könnten eine derartige Diskussion mit wichtigen neuen Elementen bereichern.

Fassen wir zusammen: will man die Vorstellungen der italienischen Grünen in sicherheitspolitischen Kernfragen auf einen Nenner bringen, so könnte man dies mit der kurzen Formel "keine Waffen = kein Krieg" umschreiben. Aus diesem Grundgedanken heraus können dann auch alle außerparlamentarischen und parlamentarischen Initiativen der Liste Verdi im Zeitraum 1987-1990 erklärt werden: die Ablehnung von Rüstungsproduktion, weil produzierte Waffensysteme schließlich in Konflikten angewendet werden und zu Gewalt und Tod führen, während eine Einstellung von Rüstungsexporten auch zu einer Einstellung von Kriegen führen würde - diese Argumentation wurde von den Grünen häufig vor allem bei Parlamentsdebatten zum Iran-Irak-Konflikt vorgebracht. Ebenso von der Formel "keine Waffen = kein Krieg" ableitbar ist die generelle Unterstützung jedes Abrüstungsprozesses bezüglich konventioneller, chemischer und (besonders, weil am destruktivsten) nuklearer Waffensysteme sowie die Schaffung von entmilitarisierten und nuklearwaffenfreien Zonen, weil diese nicht in einem eventuellen Krieg zwischen Ost und West direkt verwickelt werden würden. Derselbe Gedanke "keine Waffen = kein Krieg" liegt auch der grünen Ablehnung von Militärbasen und des Militärbudgets zugrunde, und deshalb wurden gegen die Sicherheitspolitik der italienischen Regierung gerichtete Aktionen wie Zivildienst und die Verweigerung der Bezahlung von für das Verteidigungsministerium vorgesehenen Steuergeldern sowie pazifistische Ansätze in der italienischen Bevölkerung (zum Beispiel in den Friedensbewegungen) energisch unterstützt. NATO und Warschaupakt wurden abgelehnt weil es sich um zwei Militärallianzen handelt, die früher oder später zum Krieg führen würden; dasselbe gilt auch für westeuropäische Integrationsversuche, die über wirtschaftliche und kulturelle Integrationsansätze hinausgehen - zum Beispiel der politische und militärische Unionsgedanke im Rahmen der EG und der Westeuropäischen Union.

Dieser vereinfachte und wohl etwas naiv klingende Grundgedanke wurde von Anfang an als Wegweiser jeglicher grüner Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen anerkannt und in der Folgezeit auch nicht mehr kritisch hinterfragt, zumindest nicht öffentlich. Freilich hat es interne Versuche gegeben, allgemeine monokausale Ableitungen daraus kritisch zu hinterfragen und weiterführende Überlegungen anzustellen, aber die Angst, der grünen Anhängerschaft den ökopazifistischen Boden unter den Füßen zu entziehen, war doch größer und hat derartige Versuche meist in den Ansätzen ersticken lassen (54). Die Quantität der sicherheitspolitischen Debatte bei den italienischen Grünen steht in keiner ausgewogenen Relation zu ihrer (mangelhaften) Qualität. Von einem umfassenden Ansatz kann keine Rede sein.

Dezember 1990

Anmerkungen

- (1) vgl. z.B. Europäisches Parlament 1990: Seiten 7f
- (2) vgl. Lodi 1988: Seiten 17-26; Diani 1987: Seiten 801f
- (3) vgl. Zadra 1987a: Seiten 19-28; Zadra 1987b: Seiten 160-167
- (4) vgl. Lodi 1988: Seiten 17-26; Diani 1988: Seiten 652f
- (5) für die zweite Kammer konnten die Liste Verdi nur 1 Abgeordneten (Marco Boato) in den Senat entsenden; vgl. Raggi 1/1987: Seiten 20-21
- (6) laut unveröffentlichten Angaben von Mitarbeitern des Coordinamento Nazionale delle Liste Verdi. Adresse: Via Panisperna 237, 00184 Rom
- (7) die 'Carta degli Intenti' beinhaltet vier nicht genauer ausgeführte Themenschwerpunkte: (a) die Zerstörung des Gleichgewichtes in der Natur, (b) ökopax (Frieden und Abrüstung), (c) genetische Manipulation und (e) die Kultur des Zusammenlebens
- (8) Details zur Entstehungsgeschichte und zur getrennten Kandidatur beider Gruppierungen können sehr überschaubar in der grünen Monatszeitschrift "La Nuova Ecologia" nachgelesen werden, insbesondere in den Ausgaben 5/1989, 6/1989, 7/1989, 12/1989, 10/1990 und 11/1990; vgl. weiters 'Verdi' Nr. 6/1989, 7/1989, 8/1989; vgl. auch zur Vereinigung beider Gruppierungen: Il Manifesto, 12 Dezember 1990 und 13 Dezember 1990
- (9) zum erstenmal kam es zu einer diesbezüglichen Debatte auf der 5. nationalen Generalversammlung in Ariccia, im November 1987; vgl. Ariccia 1987: Seite 3
- (10) vgl. Idee verdi per l'Europa 1989: Seite 70
- (11) der Gesetzesvorschlag wurde am 6. Juli 1987 eingereicht und von den Grünabgeordneten Segio Andreis und Laura Cima mitunterzeichnet; er umfaßte 33 Artikel auf 24 Seiten
- (12) vgl. die Interpellation von Rosa Filippini, Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 10 September 1987, Seite xxviii (bzgl. Genua); weiters die schriftliche Anfrage von Andreis, Donati, Salvoldi, Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 18 Mai 1988, Seiten xxxiv-xxxv (bzgl. Forli)
- (13) zu AMX siehe Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 13 Dezember 1988: Seite 33; zu EFA siehe Camera dei Deputati, Commissione Difesa, 28 November 1989: Seite 45
- (14) vgl. Carta degli Intenti 1987: Seite 3; weiters Ariccia 1987: Seite 3; Maiori 1988: Seite 19

- (15) Idee Verdi per l'Europa 1989: Seite 10 (Übersetzung: R.Z.)
- (16) siehe dazu Raggi Nr. 1/1987: Seite 14
- (17) Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 12 September 1987: Seiten 17,18 (Boato), 8,9 (Andreis - Übersetzung: R.Z.), weitere Wortmeldungen zum Thema erfolgten von Bassi Montanari, Donati, Mattioli, Filippini, Scalia und Salvoldi
- (18) vgl. unter anderem Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 8 Oktober 1987: Seite xl; weiters ebenda, 10 Mai 1988: Seiten xxxvif, ebenda, 29 November 1989: Seite vi
- (19) vgl. u.a. Camera dei Deputati, Commissione Esteri, 15 Februar 1989: Seite, 6f; weiters ebenda, 1 März 1989: Seiten 5f; ebenda, 15 März 1989: Seiten 7, 11-14; ebenda, 11 Oktober 1989: Seite 14; ebenda, 20 Dezember 1989: Seiten 5-25
- (20) vgl. Idee Verdi per l'Europa 1989: Seite 66
- (21) ebd.: Seite 10; siehe auch Garda 1989: Seiten 11,25
- (22) zur Einstellung von Atomtests siehe Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 28 März 1989: Seiten xxviii-xxxix; weiters Idee Verdi per l'Europa 1989: Seiten 68-69; bzgl. nuklearwaffenfreien Zonen vgl. Carta degli Intenti 1987: Seite 3; Maiori 1988: Seite 20
- (23) Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 1 Juni 1988: Seite lii; die Mitunterzeichner kommen aus den Reihen des fast aller Regierungs- und Oppositionsparteien, inklusive Democrazia Cristiana, Partito Socialista, Partito Repubblicano, Partito Liberale sowie Partito Comunista und Partito Radicale
- (24) vgl. Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 28 November 1988: Seite 46
- (25) vgl. IAI 1990a: Seiten 147-153
- (26) Carta degli Intenti 1987: Seite 3 (Übersetzung: R.Z.)
- (27) vgl. Carrara 1988: Seite 3; Maiori 1988: Seite 23; Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 18 Oktober 1988: Seite xxii; Salvoldi in: Raggi 8/1988: Seite 5
- (28) vgl. Garda 1989: Seite 26; vgl. auch Idee verdi per l'Europa 1989: Seite 69
- (29) vgl. Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 23 Februar 1988: Seiten 36-57; weiters ebenda, 13 Dezember 1989: Seiten 69-73
- (30) vgl. Camera dei Deputati, Commissione Difesa, 12 Oktober 1988: Seiten 25-27, 65-70

- (31) vgl. ebenda, 28 November 1989: Seiten 36-56
- (32) Idee Verdi per l'Europa 1989: Seite 69 (Übersetzung: R.Z.); vgl. auch Garda 1989: Seite 26
- (33) Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 21 September 1987: Seite xliii (Übersetzung: R.Z.)
- (34) vgl. ebenda, 15 Juni 1988: Seite xix; ebenda, 24 Januar 1989: Seite xxxi; ebenda, 30 Januar 1989: Seiten 9,23,24; ebenda, 29 Dezember 1989: Seite iii
- (35) vgl. ebenda, 18 Mai 1988: Seite xxxvi; ebenda, 26 Oktober 1988: Seite xiv
- (36) vgl. IAI 1990a: Seiten 175-182
- (37) vgl. Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 11 Januar 1988: Seite i; weiters ebenda, 6 April 1988: Seite xx
- (38) vgl. ebenda, 29 Juni 1988: Seiten 5,6; ebenda, 30 Juni 1988: Seiten 4,5,11,12,20,21; ebenda, 5 Juli 1989: Seite xxiii; ebenda, 13 Dezember 1989: Seite 26
- (39) Salvoldi in: Raggi Nr. 4/1988: Seite 7 (Übersetzung: R.Z.)
- (40) vgl. Carrara 1988: Seite 4; Maiori 1988: Seiten 22,23
- (41) vgl. Idee verdi per l'Europa: Seiten 66,68,69
- (42) Maiori 1988: Seite 4 (Übersetzung: R.Z.)
- (43) Alexander Langer: "La mia Europa multirazziale", in: Il Manifesto, 1 Juni 1989 (Übersetzung: R.Z.)
- (44) Idee Verdi per l'Europa: Seiten 68,69 (Übersetzung: R.Z.)
- (45) ebd.: Seite 85 (Übersetzung: R.Z.)
- (46) vgl. Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, 3 Februar 1988: Seiten i,ii
- (47) es handelte sich dabei um Gianni Mattioli; vgl. ebenda, 25 Oktober 1989: Seiten xli-xliv
- (48) vgl. ebenda, 2 Mai 1989: Seiten 9,28,xxix; ebenda, 3 Mai 1989: Seite 25
- (49) vgl. Kapitel Ia
- (50) vgl. Camera dei Deputati, Commissione Difesa, 16 Dezember 1987: Seite 42f; ebenda, 19 Oktober 1988: Seite 69f; ebenda, 28 November 1989: Seite 43f

- (51) es ist anzunehmen, daß die 5 im Europaparlament sitzenden italienischen Grünen aufgrund ihrer Erfahrungen mit den Organen der EG versuchen werden, die grüne Debatte in Italien zu beeinflussen; vor allem das für 1991 vorgesehene erste Parteiprogramm der Lista Verde wird in seinem europapolitischen Teil auf das Straßburger Team Rücksicht nehmen müssen
- (52) persönliches Gespräch mit Sergio Andreis, 7 Juni 1989
- (53) vgl. Kapitel Ib
- (54) siehe zum Beispiel Sergio Andreis' vorsichtigen Appell an die grüne Anhängerschaft, sicherheitspolitische Thematiken zu vertiefen: 'Ecopacifismo cercasi, nonviolento di natura', in: Il Manifesto, 27 Februar 1988

LITERATURHINWEISE

Andreis, Sergio: "Ecopacifismo cercasi, nonviolento di natura", in: Il Manifesto, 27 Februar 1988

Andreis, Sergio: "Verdi e Grünen", in: Il Manifesto, 5 Dezember 1990

Biorcio, Roberto/Lodi, Giovanni (Hrsg.): "La sfida verde. Il movimento ecologista in Italia", Liviana, Padova, 1988

Biorcio, Roberto: "L'elettorato verde", in: Biorcio/Lodi 1988, Seiten 181-208

Bolaffi, Angelo/Kallscheuer, Otto: "I verdi: la teoria dei colori di un paradosso politico. Tra nuovi movimenti e mutamento della politica", in: Il Mulino 288, Vol. XXXII, No. 4, luglio-agosto 1983, Seiten 599-632

Camera dei Deputati, Resoconto Sommario, Rom, No. 1/1987-391/1989

Camera dei Deputati, Commissione III Affari Esteri e Comunitari, Rom, No. 1/1987-35/1989

Camera dei Deputati, Commissione IV Difesa, Rom, No. 1/1987-14/1988

Camera dei Deputati, Commissione IV Difesa: "Esame per la relazione alla V Commissione Bilancio dei Disegni di Legge: Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato; Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 1988 e bilancio pluriennale per il triennio 1988-1990", Rom, 16-18 Dezember 1987

Camera dei Deputati, Commissione IV Difesa: "Esame per la relazione alla V Commissione Bilancio dei Disegni di Legge: Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato; Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 1989 e bilancio pluriennale per il triennio 1989-1991", Rom, 12-19 Oktober 1988

Camera dei Deputati, Commissione IV Difesa: "Esame per la relazione alla V Commissione Bilancio dei Disegni di Legge: Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato; Bilancio di previsione dello Stato per l'anno finanziario 1990 e bilancio pluriennale per il triennio 1990-1992", Rom, 28 November - 5 Dezember 1989

Conti, Laura: "Le perle della collana spezzata. Il costo entropico della produzione di armamenti", in: Giano - Ricerche Per La Pace, No. 1, 1989, Seiten 109-122

De Meo, Maurizio/Giovannini, Fabio (Hrsg.): "L'onda verde", Alfamedia, Roma, 1985

Degli Espinosa, Paolo: "Nucleare militare e nucleare industriale: considerazioni preliminari", in: Giano - Ricerche Per La Pace, No. 2, 1989, Seiten 53-70

- Diani, Mario: "L'Italia in verde. L'emergere del movimento ecologista", in: Il Mulino 313, Vol. XXXVI, No. 5, settembre-ottobre 1987, Seiten 801-817
- Diani, Mario: "Movimento ecologista, liste verdi, domanda ecologica. Note sul caso italiano", in: Il Mulino 318, Vol. XXXVII, No. 4, luglio-agosto 1988, Seiten 652-675
- Di Blasi, Claudio/Paolicelli, Massimo: "Forum Ecopax. Rassegna stampa mensile ecopacifista". Rom, Gruppo Verde - Camera dei Deputati, Januar-November 1990
- Federazione delle Liste Verdi: "Idee verdi per l'Europa", Rom, 1989, 88 Seiten
- Generalsekretariat des Europäischen Parlaments (Hrsg.): "Die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Dritte Wahlperiode, 1989-1994", Luxemburg, 1990
- Giovannini, Fabio (Hrsg.): "Le culture dei verdi. Un'analisi critica del pensiero ecologista", Daedalo, Bari, 1987
- Il Manifesto, Tageszeitung, Rom, 1987-1990
- Istituto Affari Internazionali (IAI): "L'Italia nella politica internazionale: anno sedicesimo: 1987-1988", Franco Angeli, Milano, 1990
- Istituto Affari Internazionali (IAI): "L'Italia nella politica internazionale: anno diciassettesimo: 1988-1989", Franco Angeli, Milano, 1990
- Janning, Josef/Legrand, Hans-Josef/Zander, Helmut (Hrsg.): "Friedensbewegungen. Entwicklungen und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA", Wissenschaft und Politik, Köln, 1987
- La Nuova Ecologia, Monatszeitschrift, Rom, No. 3/1989-12/1989
- Langer, Alexander: "Una lista Verde Europa", in: Il Manifesto, 1 Februar 1989
- Langer, Alexander: "Un concilio Verde Europa", in: Il Manifesto, 11 März 1989
- Langer, Alexander: "La mia Europa multirazziale", in: Il Manifesto, 1 Juni 1989
- Liste Verdi: von den Liste Verdi erlassene Dokumente anlässlich der Generalversammlungen von Ariccia (21-22 November 1987), Carrara (2-3 Juli 1988), Maiori (16-18 Dezember 1988), Garda (15 April 1989), Rimini (23-24 September 1989), Roma (8-10 Dezember 1989)
- Liste Verdi: "Carta degli Intenti - perché una lista verde nazionale", Manuskript, Mantova, 1987
- Lodi, Giovanni: "Uniti e diversi. Le mobilitazioni per la pace nell'Italia degli anni Ottanta", Unicopli, Milano, 1984
- Lodi, Giovanni: "L'azione ecologista in Italia: dal protezionismo storico alle Liste Verdi", in: Biorcio/Lodi 1988, Seiten 17-26

Raggi - Rassegna Quindicinale del Gruppo Parlamentare Verde, Rom, No. 1/1987-35/1990

Rovelli, Cesare: "I modelli organizzativi delle associazioni ambientaliste", in: Biorcio/Lodi 1988, Seiten 73-98

Salvoldi, Giancarlo: "Golfo. Come tornare a casa onorevolmente", in: Il Manifesto, 2 Februar 1988

Scalia, Massimo: "Il superamento del nucleare come problema epocale", in: Giano - Ricerche Per La Pace, No. 3, 1989, Seiten 43-45

Verdi - Giornale di informazione e dibattito promosso dalla Federazione Liste Verdi, Rom, No. 1/1987-9/1990

Verdi, Grüne, Verts, Verdes, Greens - quindicinale di informazione dell'arcipelago verde promosso dalla federazione delle liste verdi, Trient, No. 1/1987-11/1988

Zadra, Roberto: "Il movimento per la pace fra autocritica e nuovi obiettivi", in: Politica Internazionale, Vol. XV, No. 1, gennaio 1987, Seiten 19-28

Zadra, Roberto: "Friedensbewegung in Italien: Wirkungsaspekte", in: Janning/Legrand/Zander 1987, Seiten 160-167

ISTITUTO AFFARI
E RELAZIONI INTERNAZIONALI - ROMA

nr. Inv. 9963

18 MAR. 1981

BIBLIOTECA